

**Rundbrief  
Winter  
1990/91**

---

**» 1989  
endet  
1994«**

**Der demokratische Weg  
zur künftigen Verfassung  
und die Aufgabe des  
plebiszitären Elementes**

**Einladung in Achberg  
zur Tagung 27.12. – 1.1.**

---

**Berichte zur Arbeit der  
DEMOKRATIE  
INITIATIVE  
in Rumänien und Ungarn**

---

# »1989 endet 1994«

## Der demokratische Weg zur künftigen Verfassung und die Aufgabe des plebiszitären Elementes

(zugleich Konstitution des »Volksbegehrens für Volksgesetzgebung«)

## Einladung zu einer Tagung

vom 27. Dezember '90 bis 1. Januar '91 im Internationalen Kulturzentrum Achberg  
(Humboldt-Haus, W-8991 Esseratsweiler, Tel. 08380 - 500 oder 335)

Veranstalter:

Arbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht  
in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für politische Ökologie  
und dem Internationalen Kulturzentrum Achberg

Jetzt ist die Perspektive, auf die es sich unter dem Gesichtspunkt der Demokratieforderung in Deutschland zu konzentrieren gilt, klar: Nachdem die Formierungsmechanismen der repräsentativen Demokratie das ihre getan haben und die parlamentarischen Weichen für die nächsten vier Jahre gestellt sind, steht im Zentrum des Interesses der Demokratiebewegung die Aufgabe, ihren Einfluß auf die Umgestaltung bzw. Neugestaltung der deutschen Verfassungsordnung geltend zu machen.

Es geht dabei um drei Schwerpunkte:

• Es ist das erklärte Ziel der Demokratiebewegung (wie auch verschiedener Strömungen in Parteien) die Perspektive des Art. 5 des Einigungsvertrages – Empfehlung an die gesetzgebenden Körperschaften, sich u.a. mit der »Frage der Anwendung des Art. 146 des Grundgesetzes und in deren Rahmen einer Volksabstimmung zu befassen« – in praktische Politik umzusetzen. Das heißt: Alle wesentlichen, über den bisherigen Bestand des Grundgesetzes hinausweisenden Rechtspositionen können und müssen in diesem historischen Zusammenhang des Prozesses der deutschen Einheit in den nächsten Jahren offensiv bearbeitet und es muß verhindert werden, daß der Art. 146 vielleicht doch nicht zur Anwendung kommt und klammheimlich liquidiert wird.

• Eine Strömung der Demokratiebewegung, das »Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder«, hat einen Verfahrensvorschlag entwickelt (und zur Unterstützung dieses Vorschlages eine Unterschriftensammlung gestartet: »Verfassung mit Volksentscheid«), der geeignet ist, einen demokratischen Weg zur künftigen Verfassung Deutschlands zu beschreiten. Der entscheidende Punkt in diesem Vorschlag ist der auch von anderen Strömungen der Demokratiebewegung entwickelte Gedanke, daß die Erarbeitung der Abstimmungsvorlage für das Verfahren gem. Art. 146 GG nicht einem wie auch immer gebildeten exklusiven Gremium vorbehalten bleiben soll, sondern Bürger/innen-Initiativen das Recht haben müssen, a) ab 10 000 Unterstützer/innen ihre Vorschläge einem »Verfassungsrat« zu unterbreiten (dieser soll verpflichtet sein, die Antragsteller/innen zu hören und ihre Eingaben zu behandeln; Methode: *Volksinitiative*) und b) soll ab 1 Million Zustimmungserklärungen ein Vorschlag für ein bestimmtes Verfassungsgesetz ebenfalls dem Volksentscheid unterbreitet werden (Methode: *Volksbegehren*).

Dieser Verfahrensvorschlag ist wahrscheinlich das äußerste, was man für einen demokratischen, das heißt für Bürgerbeteiligung offenen Weg unter den inzwischen entstandenen Gegebenheiten noch

erreichen kann, vorausgesetzt, alle Kräfte der Demokratiebewegung konzentrieren sich jetzt auf dieses Ziel und versuchen, die »gesetzgebenden Körperschaften« mit einer möglichst großen Zahl von Unterschriften und anderen Willensbekundungen zu konfrontieren.

• Was die neuen Inhalte für die Weiterentwicklung bzw. Modifikation des Grundgesetzes betrifft, liegt die Kompetenz bei den zum Teil seit Jahren, ja Jahrzehnten arbeitenden Gruppen der Bürger/innen-Bewegung nicht minder als bei sachkundigen Arbeitsgemeinschaften in Parteien. Das gilt zum Beispiel für die *DEMOKRATIE-INITIATIVE*, die über verschiedene Schritte seit 1983 das Ziel anstrebt, das im Grundgesetz Art. 20 Abs. 2 bereits verankerte *Abstimmungsrecht des Volkes* – also die plebiszitäre Komponente – durch ein entsprechendes Gesetz auf Verfassungsebene und mit Ausführungsregelungen für die Bürgerschaft verfügbar zu machen. Die dafür erarbeitete Konzeption der *dreistufigen Volksgesetzgebung* hat mittlerweile – dem Prinzip nach – Eingang in die neue schleswig-holsteinische Verfassung gefunden. Die *DEMOKRATIE-INITIATIVE* will nun – in Ausführung des Verfahrensvorschlages des »Kuratoriums« (s. oben 2. b.) – im Vorblick auf die hoffentlich erreichbare Realisierung des Art. 146 GG eine öffentliche Kampagne mit der Methode »Volksbegeh-

### Tagungsleitung:

Gerhard Meister, Herbert Schlifflka

### Zimmerpreise:

(pro Tag und Person, incl. Vollpension)

|                |          |                          |
|----------------|----------|--------------------------|
| Einzelzimmer   | DM 70.-- | <input type="checkbox"/> |
| Doppelzimmer   | DM 60.-- | <input type="checkbox"/> |
| Mehrbettenraum | DM 40.-- | <input type="checkbox"/> |

Zutreffendes bitte ankreuzen!

In Ausnahmefällen kann ein Aufenthalts- und Reisekostenzuschuß gewährt werden.

Bitte möglichst umgehend anmelden!

### Anreise nach Achberg-Esseratsweiler, Humboldt-Haus



Mit der Bahn nach Lindau am Bodensee und dann mit dem Bus (Linie 3) oder mit dem Taxi (Kosten ca. 28.-- DM) weiter nach Achberg-Esseratsweiler.

Mit dem Auto bis nach Ulm, von dort weiter Autobahn Kempten-Lindau bis Abfahrt Lindau, über Leutkirch nach Wangen/Allgäu, dort 1. Hauptkreuzung rechts, dann dem Schild »Neuravensburg« folgen. Am Ortsende von Neuravensburg rechts ab nach Esseratsweiler. In Esseratsweiler zum Humboldt-Haus rechts ab (Weg ist beschildert).

Eine andere Möglichkeit ist die Strecke entlang dem Bodensee (Überlingen-Friedrichshafen) bis Lindau. Am Ortseingang von Lindau links ab und über Oberreitnau nach Esseratsweiler, dort zum Humboldt-Haus links ab.

ren» starten, damit eine optimale Voraussetzung geschaffen wird für den Fall, daß durch eine größtmögliche Zahl von Unterstützung eines Anliegens dieses eine Chance hätte, in das Abstimmungsverfahren zu gelangen.

Wie sich die DEMOKRATIE-INITIATIVE das formale Umgehen mit dieser Methode vorstellt, ist aus dem anhängenden Musterblatt ersichtlich. Es sind dabei – in Anlehnung an Volksbegehrenformalitäten wie sie auf Länderebene gelten – alle Gesichtspunkte berücksichtigt, die a) die Urteilsbildung über den unterbreiteten Vorschlag ermöglichen und b) den Nachweis erlauben, daß nur Stimmberechtigte ihre Unterstützung bekundet haben.

Die DEMOKRATIE-INITIATIVE ist der Ansicht, daß mit dieser Methode »Volksbegehren« auch andere Verfassungsziele auf eine wirksame und klare Weise befördert werden können und sie möchte daher andere Initiativen und Gruppen anregen, auf dem Felde ihres Engagements parallele Aktivitäten zu entfachen. Wir meinen, daß die verschiedenen Inhalte dergestalt öffentlich wahrgenommen werden und die gewünschte Debatte über »Verfassung mit Volksentscheid« in der rechten Art als eine von der Aktivbürgerschaft selbst ergriffene Aufgabe am ehesten ihr Ziel erreichen könnte. Denn nur wenn es in den nächsten Jahren gelingt, wenigstens die Schwerpunkte der Verfassungsfrage ins öffentliche Bewußtsein zu rücken, werden wir noch die Chance haben, vielleicht gleichzeitig mit der nächsten Bundestagswahl die Volksabstimmung gem. Art. 146 GG – aber mit demokratischem Charakter! – zu erkämpfen.

**II.** Über alle damit angedeuteten Fragen, insbesondere darüber, wie wir künftig die schon laufenden oder vorbereiteten Aktivitäten der verschiedenen Strömungen der Demokratiebewegung – soweit sie auf übereinstimmenden Beurteilungen beruhen – gemeinsam fördern und wie wir Initiativen auf neuen Politikfeldern, die sich ebenfalls der direkt-demokratischen Arbeitsweise bedienen wollen, unterstützen können, wollen wir auf der Achberger Tagung miteinander sprechen.

**III.** Der folgende *Programm*vorschlag ist nicht streng verbindlich. Insbesondere können zusätzliche Gesichtspunkte und Fragestellungen, die sich durch neue, für die Veranstalter derzeit noch unbekannt Initiativen ergeben, in die Arbeit mitaufgenommen werden.

**Donnerstag, 27. Dezember 1990**

bis 18.00 Uhr Anreise

18.30 Uhr Abendessen

20.00 – 22.00 Uhr

*Vorstellungsrunde* der Teilnehmer, Gestaltung der Tagungsarbeit

**Freitag, 28. Dezember 1990**

9.30 – 12.30 Uhr

Wie entstanden die deutschen Verfassungen 1919 und 1949 (BRD/DDR) und was ist ihr demokratischer Kerngehalt?  
*Vortrag (Wilfried Heidt) und Diskussion*

15.30 – 18.30 Uhr

Der Entwicklungsstand des direkt-demokratischen Elementes im Verfassungsrecht der Bundesländer und der europäischen Länder  
*Darstellung (Gerhard Meister u.a.) und Diskussion*

20.00 – 22.00 Uhr

Der demokratische Weg zur gesamtdeutschen Verfassung

1. Die verfassungsrechtliche und politische Ausgangslage

2. Der Verfahrensvorschlag des »Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder«

*Darstellung (Gerald Häfner, angefragt) und Diskussion*

**Samstag, 29. Dezember 1990**

9.30 – 12.30 Uhr

Welche Artikel des Grundgesetzes sind revisionsbedürftig, welche sind obsolet, welche neuen Rechtsinhalte sollten aufgenommen werden? Wie können Kontakte zu den Parlamentsparteien aufgebaut werden?

*Arbeitsgruppen*

15.30 – 18.30 Uhr

Die Konzeption der dreistufigen Volksgesetzgebung nach dem Entwurf der AKTION VOLKSENTSCHEID/DEMOKRATIE-INITIATIVE  
*Darstellung (Bertold Hasen-Müller) und Diskussion*

20.00 – 22.00 Uhr

Möglichkeiten der konkretisierenden Aus-

Der tatsächliche Ablauf der Tagung wird sich aus dem ersten Plenum am Eröffnungsabend ergeben. Wer im Sinne der Tagungsintention etwas beitragen möchte, die/den bitten wir um möglichst baldige Mitteilung. Vorbereiten bzw. vorsehen wollen wir von Veranstalterseite folgendes Programm:

gestaltung der normativen Kriterien der dreistufigen Volksgesetzgebung  
*Vorschläge und Diskussion*

**Sonntag, 30. Dezember 1990**

9.30 – 12.30 Uhr

*Darstellung konkreter Vorschläge* für die Konzentration der Kräfte auf »Verfassung mit Volksentscheid« und darauf aufbauende Initiativen (z.B. »Volksbegehren für Volksgesetzgebung«)

15.30 – 18.30 Uhr

*Gründungsversammlung* des »Volksbegehrens für Volksgesetzgebung«: 1001 Tag für die Verwirklichung der Demokratie in Deutschland (»Nichts ist so stark wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.«)

20.00 – 22.00 Uhr

Zum Stand der Verfassungsentwicklung in den neuen Bundesländern und in Berlin  
*(Sachkundige angefragt)*

**Montag, 31. Dezember 1990**

9.30 – 12.30 Uhr

Wir sammeln Ideen, die eine wirksame Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit ermöglichen und unterstützen (Finanzierung, Aufrufe, Plakate, Broschüren, Bücher, Konzerte, Aktionen usw. usf.)

15.00 – 17.30 Uhr

Das Jahr 1990 unter dem Gesichtspunkt der Demokratieentwicklung  
*Rückblicke, Berichte*

20.00 – ... Uhr

Die sehr verschiedenen Seiten eines *Sylvesterabends in Achberg*

**Dienstag, 1. Januar 1991**

10.00 – 12.00 Uhr

Die Ergebnisse der Tagung; Versuch einer Mitteilung an die Öffentlichkeit  
*(Presseerklärung)*

12.30 Uhr Mittagessen, Ende der Tagung

Alle Teilnehmer, die ein (transportables) Musikinstrument spielen und gerne (z.B. in der Gruppe) musizieren, bitten wir, es mitzubringen. Noten nicht vergessen!

**»1989 endet 1994«**

**Der demokratische Weg zur künftigen Verfassung und die Aufgabe des plebiszitären Elementes**

(zugleich Konstitution des

»Volksbegehrens für Volksgesetzgebung«)

Tagung vom 27. Dezember '90 bis 1. Januar '91  
im Internationalen Kulturzentrum Achberg

Internationales Kulturzentrum Achberg  
Humboldt-Haus

W-8991 Achberg

**Anmeldung (bitte deutlich schreiben!)**

Vorname, Name

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

Telefon

Datum, Unterschrift

Auf der Rückseite kreuzen Sie bitte Ihren Zimmer- und Verpflegungswunsch an!